

municipal government in countries such as Venezuela and Brazil, municipal authorities were appointed rather than elected, thus ensuring complete state control over local affairs. Most municipalities had barely enough financing to cover the salaries of the local bureaucracy. Its functions were few: city beautification, traffic lights, supervision of the municipal slaughterhouse. Mayors spent a good part of their time sitting in the antechambers of national ministers, in the hope of extracting some resources for public works in their communities. But all this is changing now. By the time this essay is published, the first municipal elections ever will have been held in Colombia. And even the Chilean government is channeling additional resources to municipal administrations (there are no local elections), and municipal powers have been expanded. In the state of Sao Paulo, over a thousand programs conceived and carried out by local government and involving intense participation of barrio populations have been recorded. In Bogota, the first cautious steps have been taken in the direction of „popular planning“ or what, in Anglo-Saxon countries, we would call counter-planning. All these examples suggest that a new political ballgame is being mounted. The national state is too preoccupied with managing the debt situation, battling inflation, and promoting a few superinvestments with international agencies to attend closely to the details of daily life in the thousands of *barrios* throughout the country. I believe that this is the main reason for renewed interest in local government. Local government must now reach out to *barrio* populations in a partnership beyond the old antagonisms.

Here are some of the things that may need doing:

- * facilitate permanent access to land and the progressive incorporation of new settlements into the fabric of urban public services at prices that people can afford
- * create a legal framework for community-based organizations
- * encourage self-reliance and self-provisioning in the poorest areas, including such innovative approaches as communal gardening
- * promote the production of wage goods through labor-intensive methods and their distribution through cooperative channels
- * organize urban extension services, especially focussed on women, channelling useful knowledge and information on nutrition, health practices, etc.
- * assist in the organization of nurseries and kindergartens designed to relieve women's work and free them, if they desire, to take on income-generating work.

This list is no more than a suggestion of the sorts of things that may be worth doing in *barrios populares*. But non-antagonistic relationships between *barrio* community and local state, which this agenda implies, requires a still more fundamental reform: the devising of a charter of political and economic citizenship rights at all political levels, from household and *barrio* at one end to region and nation at the other. A citizen charter would recognize claims for the relative autonomy and inviolability of life spaces; for participatory decision-making; and for certain basic rights of access to the bases of social power. Like the Universal Declaration of Human Rights, it would establish an historical benchmark for legitimate social struggle. It would define a consensus on goals and an agenda for action.

John Friedmann, School of Architecture and Urban Planning,
UCLA 405 Hilgard Avenue, Los Angeles, Cal. 90024-1467, USA

Christian Mährdel

ATOMTOD ODER HUNGERTOD – WOVOR DAS ÜBERLEBEN SICHERN?*)

Strittige Fragen von Friedensbewegung in Afrika

Das Dekret für den Frieden aus den ersten Stunden der siegreichen Großen Sozialistischen Oktoberrevolution markierte nicht nur seinem Inhalt nach den Beginn einer neuartigen, eben sozialistischen Friedenspolitik als oberste Staatsdoktrin für die Gestaltung der internationalen Beziehungen, sondern auch darin, an wen es direkt gerichtet wurde („allen kriegführenden Völkern und ihren Regierungen“), womit nicht nur Regierungen, sondern Völker selbst als *Subjekte des Handelns in der Weltarena* anerkannt waren.

Die wechselvolle Geschichte hat seitdem gezeigt, daß das unmittelbar aktive, kontinuierlich wirkende und politisch bewußte Handeln von Massen bei der Entscheidung über die Frage aller Fragen in unserer Zeit ein erhebliches Gewicht besitzt. Das ist bei aller Unterschiedlichkeit in den Formen, in denen sich ein solches Engagement in erster Linie verwirklicht, offenkundig geworden, wenngleich es sicher schwerlich möglich ist, die jeweils tatsächliche Kraft jenes Druckes auf die Entscheidungen von regierenden Kreisen im kapitalistischen Teil Europas oder Nordamerikas auszumachen, der eben vom *organisierten Friedenskampf als Massenbewegung* auszugehen vermag.

Ein Blick in die moderne Geschichte Afrikas eröffnet uns eine durchaus nennenswerte Tradition einer Verbindung des Strebens der Völker nach der Verwirklichung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung mit dem Eintreten für die Sicherung des Weltfriedens, vor allem gegen atomare Rüstung, durch ihre organisierte nationale Befreiungsbewegung, und dies sowohl in der Mobilisierung von Massen bzw. ihrer Aufklärung über die damit verbundenen Gefahren in den einzelnen afrikanischen Kolonialgebieten selbst als auch mit der Repräsentanz einer Reihe hervorragender Persönlichkeiten des antikolonialen Kampfes aus Afrika in Gremien der organisierten Weltfriedensbewegung (1).

1.

Wenn heute von Friedensbewegung in Afrika die Rede ist, gibt es eine übereinstimmende Meinung von progressiven Staatsmännern, Politikern, Vertretern von demokratischen Organisationen, Wissenschaftlern und anderen Kreisen darüber, daß diese „relativ schwach“ ist und in keiner Weise imstande ist, das gegen den

*) Ein Beitrag zur Konferenz-Diskussion zum Thema: Die Entwicklungsländer – Probleme des Friedens und der Sicherheit auf der 9. Plenartagung der MPK, Duschambe, November 1987.

Krieg gerichtete objektive Potential der Völker wirksam zu machen. Auf der anderen Seite sind in den letzten Jahren auf diesem Feld politischen Handelns neue Ansätze deutlich geworden. Sie betreffen zunächst allerdings weit mehr noch die Tatsache, daß bestimmte gesellschaftliche Vertreter tragfähige Elemente im Verständnis der Friedensfrage hinzugewonnen haben, weniger bereits eine breitere Ausstrahlung auf die Mehrheit der Bevölkerung.

An einem Ausschnitt soll im folgenden ohne jeden Anspruch auf daraus ableitbare gültige Schlüsse für die gesamte Friedensbewegung in Afrika darüber gesprochen werden. Analytische Basis dafür bilden Positionen und Aktionen solcher Kreise, die selbst die organisierte Friedensbewegung auf dem afrikanischen Boden verkörpern. Das gilt z.B. für die im September 1986 in Brazzaville abgehaltene „Internationale Konferenz für Frieden und Entwicklung in Afrika“ oder einzelne Friedenskomitees in mehreren afrikanischen Ländern, auch von progressiven Wissenschaftlern, z.B. mit der Initiative zur Schaffung eines „Panafrikanischen Zentrums für Forschung über Frieden, Entwicklung und Menschenrechte“ (PACREP), sowie Hinweise auf den Stellenwert, den die Friedensfrage in der Tätigkeit demokratischer Massenorganisationen, vor allem der „Organisation für Afrikanische Gewerkschaftseinheit“ (OATUU), zugesprochen erhält.

Im Hinblick auf den *konzeptionellen Standpunkt*, der von Friedenskräften dieser Art jetzt erreicht worden ist, sollen die folgenden Gesichtspunkte angeführt werden:

Erstens wird die Sicherung des Weltfriedens vor allem mit der Verhinderung eines atomaren Infernos und durch Schritte zur Abrüstung auch für Afrika als vorrangige Aufgabe der Friedensbewegung anerkannt. Dieses grundsätzliche Bekenntnis ist in den Dokumenten der Konferenz von Brazzaville abgegeben worden. Im „Appell“ vom 26. 9. 1986 heißt es, daß Afrika in besonderer Weise darunter zu leiden habe, daß die Menschheit als Ganzes in ihrer Existenz durch die angehäuften Waffenarsenale und das US-Sternenkriegsprojekt gefährdet werde und für todbringende Waffen Ressourcen verschwendet werden, die für die Befriedigung von Grundbedürfnissen bei Milliarden von Menschen fehlen, weshalb es dringend erforderlich sei, daß alle Nuklearmächte dem positiven Beispiel der UdSSR folgen, den Weg in ein atomwaffenfreies Jahr 2000 zu öffnen. In der „Deklaration von Brazzaville“ meinen die Teilnehmer, die Menschheit stehe vor der Wahl, entweder durch Zusammenarbeit und Fortschritt den Frieden auf der Welt zu mehren oder durch Uneinigkeit und Zwietracht sich selbst zu zerstören (2). PACREP formuliert den gleichen Gedanken, als es sich programmatisch öffentlich vorstellte: „Einen Frieden in Gerechtigkeit in der Welt von heute zu sichern heißt in erster Linie, einen nuklearen Holocaust zu verhindern ... Einen nuklearen Holocaust zu verhindern bedeutet, für Abrüstung einzutreten, was nicht mehr nur eine moralische Frage ist, sondern nun auch eine Sache des Überlebens der Menschheit.“ (3) Und eine der nationalen Friedensorganisationen in Nigeria (All-Nigeria Peace and Solidarity Organisation) steht zur Meinung: „Alle Friedenskämpfer verfechten die Stärkung des Friedens und die Schaffung einer Welt ohne Atomwaffen ... Die vorrangige Anstrengung aller Friedenskräfte liegt darin, die Menschheit vor der Bedrohung durch einen Nuklearkrieg zu retten.“ (4)

Zweitens treten die unterschiedlichsten Friedenskräfte für ein kernwaffenfreies Afrika sowie für Schritte zur „Demilitarisierung“ des Kontinents ein. Besonders die Gewerkschaften, auch Jugend- und Frauenorganisationen, weisen auf die Bedrohung hin, die vom Atom-Komplot der Achse USA – Israel – Republik Südafrika ausgeht. PACREP-Wissenschaftler sprechen von sichtbaren Anzeichen einer bereits erfolgenden „Nuklearisierung“ im afrikanischen Raum, der Einhalt zu gebieten sei. Auch eigennützige Interessen bestimmter regierender Kreise afrikanischer Länder werden erwähnt, die „Militarisierung“ der Gesellschaft zur Folge habe. Während die OATUU deshalb die Forderung nach Kürzung der Militärausgaben erhebt, wendet sich PACREP besonders gegen die durch „repressive Regimes“ hervorgerufene „Krise der Demokratie“ in Afrika; beide fordern zu friedlicher Konfliktbeilegung zwischen einzelnen Ländern, aber auch innerhalb der Gesellschaft auf.

Drittens wird als Teil der Bewegung für Frieden dem Kampf gegen Rassismus und Apartheid, Kolonialismus und Neokolonialismus, für die nationale Selbstbestimmung Namibias und die Sicherung der staatlichen Souveränität der Frontstaaten im südlichen Afrika ein spezifischer Platz zugewiesen. Die Teilnehmer der Brazzaville-Konferenz detaillieren dies u.a. mit Blick auf die Anwendung weltweiter Sanktionen und die verstärkte eigene Unterstützung und begründen es damit, daß die Existenz des rassistischen Regimes und seine aggressive und destabilisierende Politik eine ernsthafte Bedrohung für den Frieden auf dem Kontinent darstelle. Auch demokratische Massenorganisationen sehen in dieser Front des anti-imperialistischen Kampfes im allgemeinen einen wesentlichen Beitrag Afrikas zur Sicherung des Weltfriedens im besonderen, da ein Erfolg hierin Voraussetzungen für mehr Frieden in Afrika bringe.

Viertens ist bezeichnend, daß dem Zusammenhang von Frieden, Abrüstung und Entwicklung als eigentlichem Schlüssel zum Verständnis der Friedensfrage und Impuls für Engagement im Friedenskampf unter den Bedingungen, unter denen die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung lebt und im Grund menschliches Leben auf dem Kontinent besteht, besonders Raum gegeben wird. Die organisierten Kräfte der Friedensbewegung haben das bereits im Titel der Konferenz von 1986 vermerkt, und die verabschiedeten Dokumente und vorgelegten umfangreichen Studien zur Diskussion auf dem Treffen unterstreichen es. Ähnliches beschäftigt auch demokratische Massenorganisationen, wobei die OATUU große Möglichkeiten in der Nutzung von durch Abrüstung freierwerdenden Mitteln für Entwicklung und sozialen Fortschritt in Afrika und vor allem für deren werktätige Bevölkerung erblickt. PACREP macht darauf aufmerksam, daß die ökonomische Abhängigkeit afrikanischer Länder vom Imperialismus unmittelbar sozialen und politischen Zündstoff in sich birgt, der den Frieden bedroht, woraus sich spezifische Anforderungen an die Friedensbewegung (und Friedensforschung) in Afrika ergeben.

Hier sind einige Positionen angeführt worden, die weithin anerkannt werden, wenn und wo Friedensbewegung in Aktion tritt. Aber eine effektive, in die breite Öffentlichkeit gekommene Wirksamkeit dieser Standpunkte als Aufforderung zum politischen Handeln ist noch nicht zu verzeichnen. Relativ kleine Gruppen vor allem von Arbeitern und Angestellten, Intellektuellen und Studenten/Schülern,

Jugendlichen und Frauen in einzelnen städtischen Zentren und dies nur in wenigen afrikanischen Ländern, bilden heute die reale Friedensbewegung. Für eine allmähliche Verbreiterung und erst recht ihre Umwandlung in eine Massenbewegung sind die Grenzen äußerst schwer bewegbar. Die historische Grundsituation von Unterentwicklung mit ihren sozialen, politischen und geistigen Folgen, die bekanntlich selbst innerhalb der Entwicklungsländer-Welt in Afrika besonders stark ausgeprägt auftreten, stehen dem im Wege. Auch die hier angeführten aktiven Träger des Friedensgedankens auf afrikanischem Boden mußten dies immer wieder konstatieren. Es ist das Gleiche, was Fidel Castro im Juli 1985 treffend beschrieb: „Die Sache des Friedens hat enorme Kraft, vor allem in den industrialisierten Ländern Europas, in Japan und selbst in den Vereinigten Staaten, weitaus weniger hingegen in den Ländern der Dritten Welt, denn diese haben keine Zeit, an den Frieden zu denken, denn sie sterben vor Hunger, an Krankheiten, an allem, *mitten im Frieden*; sie leben in einem Alltagskrieg.“ (5)

II.

Ohne im einzelnen bei den bereits oft angeführten Ursachen für die feststellbare Schwäche der Friedensbewegung in Afrika verweilen zu können (6), möchte ich *einige Schlußfolgerungen* anführen, die für deren Überwindung gegebenenfalls von Belang sind.

W. I. Lenins erste Worte bei der Begründung des Dekrets über den Frieden 1917 sind bei allen Unterschieden zur konkret historischen Situation, in der sie gesprochen wurden, im Jahre 1987 noch zutreffend: Die Frage des Friedens ist „die aktuellste, die alles bewegende Frage der Gegenwart“ (7); sie ist es nur heute in anderen Dimensionen, weil unter anderen gesellschaftlichen und vor allem ökonomisch-technischen Voraussetzungen. Daraus ergibt sich *zwingend* für jedes verantwortungsbewußte politische Handeln die *sachliche Priorität* der Friedensfrage.

Bedeutet dies aber zugleich, daß in den einzelnen, ökonomisch-sozial und gesellschaftspolitisch so unterschiedlichen Räumen dieser ganzheitlichen, wechselseitig abhängigen, jedoch auch vielgestaltigen Welt, deren Teile sich ihrer historischen Entwicklungsphase nach in Situationen befinden, die erheblich voneinander abweichen, diese obgenannte Priorität der Friedensfrage in der gleichen Art und Weise, völlig undifferenziert in den Schwerpunkten ihres konkreten Inhalts und dgl. in Erscheinung treten kann und muß? Allein schon die für die einzelnen Teile unserer Welt (realer Sozialismus – Imperialismus – Entwicklungsländer) derzeit ablaufenden Phasen geschichtlicher Entwicklung enthalten in sich für die Bewegung für Frieden *sehr voneinander verschiedene Triebkraft*. Bekanntlich erwächst aktives Handeln von Menschen und sozialen Gruppen aus dem Volke aus deren natürlichem Streben nach einer Verbesserung ihrer eigenen materiellen und geistigen Lebensbedingungen (im Sozialismus bringen wir das in die Formel von der Arbeit zum Wohle des Volkes und für den Frieden). Gerade in dieser Hinsicht trifft man auf einen Umstand in Afrika (wie in der gesamten „Dritten Welt“), von dem die objektive Interessenlage von Volksmassen und noch mehr ihre ideologische Reflexion und schließlich politische Artikulation weitgehend und durchgreifend berührt wird, nämlich das enge, untrennbare Verbundensein von Friedensfrage (im

globalen Sinne) und historischer Grundsituation von Unterentwicklung und extrem gehemmter Entwicklung im allgemeinen, der Rückstand im Prozeß von staatlich-politischer Dekolonialisierung sowie einer besonderen Vielfalt und Eigenart von Vorwärtsbewegung auf dem Weg sozialen Fortschritt im besonderen.

Was könnte sich daraus für die Friedensbewegung in Afrika an strategischen und taktischen Fragen ergeben?

Erstens sehe ich einen *politisch-moralischen Aspekt* darin, daß nicht nur von einer besonderen Verantwortung der „entwickelten Länder“ für Friedenssicherung, einen Stop des Wettrüstens und die Wende zur Abrüstung sowie insgesamt für die Schaffung eines demokratischen Systems der internationalen Sicherheit (in umfassender Weise) ausgegangen wird, da in der Auseinandersetzung der beiden Gesellschaftssysteme die Wurzeln von Friedensbedrohung gelegt worden sind (was je nach Standort des Betrachters in Afrika entweder eindeutig beim Imperialismus angesiedelt wird oder beiden Systemen gleich angelastet wird). Ins Spiel kommt außerdem die Schuld des Imperialismus an der Existenz des globalen Problems Unterentwicklung für Afrika. In und für Europa erscheint Friedenspolitik ebenfalls nicht ohne sichtbare Spezifik, nicht selten sogar mit Resten eurozentristischer Betrachtungsweise versehen. Afrika soll es erlaubt sein, mit gleichem Recht die Friedensfrage durch das Prisma der „eigenen“ brisanten Probleme gebrochen zu sehen und bei der Gestaltung des eigenen selbständigen Beitrags zur Sicherung des Überlebens der Menschheit danach zu handeln. Der oft gebrachte Hinweis, daß der Friede unteilbar ist, unteilbar sein muß, ist aus der akuten Existenz von kriegerischen Konflikten ebenso erklärbar wie mit dem Widerspruch zwischen erzwungener „Friedensfähigkeit“ des Imperialismus im globalen Verständnis einerseits und der von den gleichen Kräften weitergeführten Politik der bewaffneten Aggression, Intervention etc. in der „Dritten Welt“.

Zweitens ist die *inhaltliche Seite* der Bedrohung von Frieden nicht zu leugnen, die von langfristig wirkenden und extrem explosiven Erscheinungen und zerstörerischen Folgen von Unterentwicklung ausgehen. Dabei ist der massenhafte Tod in dieser Region bereits allgegenwärtig und im Unterschied zum drohenden Atomtod „nicht nur“ eine bedrückende Zukunftsvision. Offenbar besteht in der Tat ein beachtlicher aktueller Beitrag zur Friedenssicherung seitens afrikanischer Völker darin, daß mehr und kräftiger als bisher eigene Kraft mobilisiert wird, um an solchen Fronten Veränderungen zu bewirken, an denen der Kampf gegen Unterentwicklung, für nationale Entwicklung und sozialen Fortschritt geführt wird. Jedenfalls dürfte feststehen, daß die sachliche Priorität der Friedensfrage nicht gleichermaßen eine einseitige *zeitliche Priorität*, d.h. ein Nacheinander von beiden globalen Problemen in Schritten zu ihrer Lösung zu bedeuten hat. Dies gilt deshalb auch für das aktuelle Eintreten der anderen Weltteile für die Überwindung der Unterentwicklung (als globales Problem) in den Entwicklungsländern.

Drittens ergibt sich im *taktischen Bereich* das generelle Erfordernis, die Friedensfrage in Afrika in einen für breite Teile der Bevölkerung deutlich erkennbaren Zusammenhang mit ihren Alltagsproblemen zu bringen. Worte vom künftig möglichen „atomaren Winter“ zeigen keine Wirkung bei ums Überleben bangenden Bauern im Dorf oder Slumbewohnern in der Stadt, sogar wenig Resonanz bei an-

sonsten politischen Lebenfragen gegenüber aufgeschlossenen Teilen der Arbeiterklasse oder von Zwischenschichten, also insgesamt gesehen bei den Volksmassen.

Doch es geht eben um die Schaffung einer massenhaften Friedensbewegung, denn nur eine solche wäre in der Lage, der potentiellen Kraft des Volkes auch politisch Geltung zu verschaffen (8). Friedenskräfte müssen deshalb mit konkret gefaßten Forderungen operieren, auch bei der Vermittlung der Möglichkeiten von „Abrüstung für Entwicklung“, aus der Hoffnung für die Zukunft für die Volksmassen in Afrika aus Fortschritten in der Friedensfrage erwächst. Genau das dürfte der wichtigste reale Faktor für erfolgreiche Mobilisierung von Massen sein.

Es bedürfte in diesem Zusammenhang heute schon der Erarbeitung von konkreten Vorstellungen in Afrika selbst darüber, auf welche Weise garantiert wird, daß diese aus der Abrüstung gewonnenen Mittel wirklich im nationalen Interesse für Entwicklung und zum Wohl der Massen eingesetzt werden, was ja bekanntlich auch bestimmter innerer, vor allem politischer Voraussetzungen bedarf, und solche Konzepte müssen popularisiert werden. Auch gilt es, die Bereitschaft afrikanischer Regierungen zur Senkung der in vielen Fällen immensen Militärausgaben, ihre Orientierung auf ausschließlich friedliche Streitbeilegung, das Zulassen von Demokratie im staatlichen und gesellschaftlichen Leben vieler Länder zu fordern und zu befördern. Dafür sind zusätzliche Volkskräfte zu gewinnen, die bisher an der demokratischen politischen Bewegung aus bestimmten ideologischen oder anderen Motiven heraus nicht beteiligt sind.

Zusammengefaßt wäre zu sagen: Friedenskräfte in Afrika haben sehr darauf bedacht zu sein, daß die Dialektik von Friedensfrage einerseits und Überwindung von Unterentwicklung und Vorankommen bei nationaler Entwicklung andererseits in der politischen Praxis ihrer gesellschaftlichen Bewegung *entsprechend den konkret historischen Bedingungen* im Land und zur betreffenden Zeit gesehen und behandelt wird; sonst wird die eigene Zielstellung zur Farce.

In der internationalen Gemeinschaft verdienen derartige Bestrebungen im Kontext mit der Friedensfrage (und nicht als außerhalb dieser gesehen) dann entsprechend Gehör und Verständnis; sonst kann die internationalistische Position zur Phrase werden.

ANMERKUNGEN

- (1) Vgl. Geschichte Afrikas. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Teil III, Berlin 1983, S. 58.
- (2) Vgl. Conference Internationale pour la paix et le developpement en Afrique, Brazzaville, 24 – 26 septembre 1986. Appel de Brazzaville, S. 1, Declaration de Brazzaville, S. 1 und 3 (hektographiert).
- (3) PACREP, Newsletter, vol. 1, No. 1, May 1987, S. 1.
- (4) In: New horizon, Lagos, vol. 5, No. 2, S. 4.
- (5) F. Castro, Esta deuda no solo es impagable, o.O., o.J., S. 24.
- (6) Siehe u.a. Diskussionen in der Zeitschrift Probleme des Friedens und des Sozialismus (engl. Ausgabe: World Marxist Review), Prag, seit Anfang 1984; vgl. K. Ernst, E. Spiegel, Der Kampf um Frieden und die Überwindung von Unterentwicklung, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Berlin 1986, Heft 7, S. 588 ff.; K. Hutschenreuter, G. Kück, Internationale Friedenssicherung, Entwicklung und sozialer Fortschritt in Asien, Afrika und Latein-

amerika, in: Friedenssicherung – Entwicklung – sozialer Fortschritt. Überlebensfragen der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, Informationen des DDR-Komitees für wissenschaftliche Fragen der Sicherung des Friedens und der Abrüstung, 1/1987, S. 15 ff.

(7) W. I. Lenin, Werke, Bd. 26, S. 239.

(8) Zu beachten ist dabei natürlich, daß selbst unter erheblich günstigeren Bedingungen in Westeuropa, Nordamerika oder Japan die dort existierende Friedensbewegung zunächst eine Aktivität der Minderheit geblieben ist.

Prof. Dr. Christian Mährdel, Leiter der Abteilung Grundfragen der nationalen Befreiungsbewegung an der Sektion für Afrika- und Nahostwissenschaften der Karl Marx-Universität, Leipzig, DDR

REZENSION

Mzala, Gatsha Buthelezi, *Chief with a double agenda*, Zed Books Ltd., London and New Jersey 1988, 240 Seiten.

In diesem Buch analysiert Mzala, ein ehemaliger Student der Rechtswissenschaften an der Universität von Zululand und Mitarbeiter des ANC Research Department in Lusaka, Zambia, die komplexe und widersprüchliche Politik von Chief Mangosutho Gatsha Buthelezi, Premierminister des Bantustans Kwa Zulu und stellt sie den Ansätzen des ANC gegenüber.

Durch seinen – verbalen – Anspruch, eine Änderung der bestehenden Machtstrukturen Südafrikas auf friedlichem Weg anzustreben und sein Eintreten gegen Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika, ist Buthelezi im Westen, vor allem in konservativen Kreisen, sehr populär. An gewaltfreien Aktionen gegen das Apartheidssystem, wie Konsum-, Miet- und Schulboykotts, hat sich Buthelezi jedoch nie beteiligt, sondern er ist gegen solche Maßnahmen eingetreten.

Vigilanten-Gruppen und Jugendbriganden, die in Trainingscamps eine paramilitärische Ausbildung erhalten und auf Anregung Buthelezis gegründet wurden, um „die Ordnung aufrechtzuerhalten“, sind seit Jahren in Terroranschläge gegen Mitglieder von demokratischen Gruppen, wie UDF, COSATU und COSAS verwickelt, die zahlreiche Menschenleben gefordert haben. Die Beteiligung von z.T. hochrangigen Mitgliedern in Inkatha, Buthelezis „nationaler kultureller Befreiungsbewegung“, wurde oftmals in eidesstaatlichen Erklärungen nachgewiesen. Niemals wurden diese Gewaltakte von Buthelezi verurteilt, wie man es von einem erklärten Pazifisten erwarten würde, sondern er versucht sie zu entschuldigen, indem er auf die militärische Tradition der Zulu verweist, und er beschuldigt Angehörige anderer Volksgruppen als Urheber der gewaltsamen Ausschreitungen.

Mzala gibt einen kurzen Abriss der Geschichte der Zulu und zeigt auf, daß das heutige Kwa Zulu nicht mit den Grenzen des historischen Zulu-Reiches ident ist, wie die südafrikanische Regierung glaubhaft machen will, sondern vielmehr ein Produkt kolonialer Eroberung darstellt. Das Bantustansystem, das die Bevölkerung in ethnische Gruppen aufteilt und diesen jeweils ein bestimmtes Siedlungsgebiet, die „homelands“ zuteilt, verurteilt Mzala als ein System kolonialer Unterdrückung und Ausbeutung. Es soll der Rechtfertigung vor dem Ausland für den Ausschluß der Mehrheit der Bevölkerung aus dem politischen Leben und dem wirtschaftlichen Reichtum des Landes sowie der Schaffung eines Reservoirs an billigen Arbeitskräften dienen.

Mzala stellt die Entwicklung des Bantustansystems dar und beschreibt die politische und wirtschaftliche Abhängigkeit der Bantustans von der Republik Südafrika. Auch wenn Buthelezi der Unabhängigkeit für Kwa Zulu nicht zustimmt, arbeitet er in diesem System, als Premierminister eines Bantustans, mit. Die Grenzen

der Bantustans wurden so festgelegt, daß keine Industriegebiete und fruchtbaren Farmen darin eingeschlossen sind. Aufgrund der wirtschaftlichen Unterentwicklung ist der Großteil der arbeitsfähigen männlichen Bevölkerung gezwungen, als Arbeitsmigranten in die Republik Südafrika zu ziehen, zurück bleiben die Frauen, die Alten und Kranken und die Kinder. „Of course Kwa Zulu is not, never can be and was never meant to be economically viable. Most of its able-bodied males must always be away. That is how bantustans fit into the strategic framework of the South African economy as a whole. And whether a bantustan has been declared 'independent' or not is immaterial. The task of the Kwa Zulu government is to administer this poor economy, to keep law and order among the unemployed, old people, the disabled, women and children, and to ensure the labour flow into the central economy.“ (S. 95)

Buthelezi rechtfertigt seine Mitarbeit im Apartheidsystem mit dem Argument, er strebe eine Änderung der Machtstrukturen von innen her an. Er akzeptiere den Rahmen, den ihm die weiße Minderheitsregierung zur Verfügung stellt, das Bantustansystem, um von dort eine Systemänderung anzustreben. In der Praxis hat Buthelezi aber nichts zur nationalen Befreiung beigetragen. Neben der verbalen Verurteilung des Apartheidsystems beschränkte er sich lediglich darauf, eine Landkonsolidierung für Kwa Zulu zu verlangen, was einer Akzeptierung des Bantustansystems gleichkommt.

Mit der Gründung seiner „nationalen kulturellen Befreiungsbewegung“ Inkatha ye Nkululeko ye Sizwe wollte Buthelezi politischen Einfluß über die Grenzen seines Bantustans hinaus erreichen. Trotz seines angeblich nationalen Charakters ist Inkatha von Zulu, von denen die meisten in Kwa Zulu leben, dominiert. 1980 waren 95 % der Mitgliedschaft Zulu, von den fast 1.000 Ortsgruppen waren nur 36 außerhalb Natal's zu finden. Daneben fällt auch die geringe Unterstützung in den Städten auf: nur 203 der gesamten Ortsgruppen lagen in urbanen Gebieten. Die Führung von Inkatha ist reserviert für Zulu: der Präsident muß der Premierminister von Kwa Zulu sein, ein Amt, das nur Zulu-Chiefs innehaben können. Diese Fakten sprechen eindeutig gegen den nationalen Charakter von Inkatha. Daneben scheint sich die hohe Anzahl der Mitglieder — Inkatha beansprucht eine Mitgliedschaft von über einer Million Personen für sich — eher auf Zwangsmaßnahmen und einer gut organisierten Propaganda-Maschinerie, als auf die freie Entscheidung der Menschen zu begründen. Posten im Staatsdienst sind an die Mitgliedschaft bei Inkatha gebunden; Handelslizenzen, Land, Unterkunft und Sozialleistungen sind für Personen, die keine Mitgliedskarte von Inkatha vorweisen können, kaum zu erhalten; an den Schulen Kwa Zulus ist der „Inkatha-Unterricht“ ein Pflichtfach. Durch Buthelezi's Darstellung von Inkatha als internen Flügel des gebannten ANC, der der Fortführung der Tradition dieser Bewegung verpflichtet ist, konnte er auch Leute mit demokratischer Gesinnung für sich gewinnen. Mzala weist jedoch darauf hin, daß Buthelezi nie Mitglied beim ANC war und sich nie an dessen Aktionen beteiligt hat. Seit dem offenen Bruch zwischen ANC und Buthelezi im Jahr 1980 ist der ANC ständig Ziel von Buthelezi's Attacken und Anschuldigungen.

Inkatha ist trotz des Anspruchs, eine nationale Bewegung zu sein, tribalistisch aufgebaut und legt große Betonung auf Zulu-Traditionen und -Geschichte. Auf-

grund dieser tribalistischen Tendenzen entspricht Inkatha der von Pretoria geförderten Ideologie, daß Südafrika aus je eigenen kulturellen und ethnischen Minderheiten bestünde, und ist dadurch eine der wenigen Organisationen der Schwarzen, die von der Regierung geduldet werden.

Statt sich an Kampagnen der demokratischen Bewegungen zu beteiligen, wurden diese zum erklärten Ziel der Angriffe von Inkatha-Vigilanten. Da diese Übergriffe im Sinne der südafrikanischen Regierung sind, ist es erklärbar, daß die Sicherheitskräfte bei solchen Terrorakten nicht einschreiten oder sogar daran teilnehmen.

Auch der 1985 gegründete Gewerkschaftsdachverband COSATU, der sich eng an die UDF anschließt und Kontakte zum ANC sucht, zog sich aufgrund seiner politischen Einstellung die Feindschaft Inkathas zu. Diese Gewerkschaft erklärt, daß der wirtschaftliche Kampf nicht vom politischen zu trennen sei. COSATU tritt für die Aufhebung des Ausnahmezustandes, für den Abzug der südafrikanischen Streitkräfte aus den Townships und für die bedingungslose Freilassung aller politischen Häftlinge ein. COSATU weist die Bantustans und alle Föderationskonzepte als Betrug zurück und bekräftigt seine Forderung nach einem geeinten Staat mit Wahlen nach dem Prinzip „one man — one vote“. Wirtschaftssanktionen begrüßt er als Druckmittel auf die Apartheidregierung.

In Opposition zu COSATU gründete Buthelezi im Mai 1986 seine eigene Gewerkschaft, UWUSA („United Workers Union of South Africa“). UWUSA ist prokapitalistisch und spricht sich gegen den Abzug ausländischen Kapitals, gegen Gewalt und Sozialismus, sowie gegen Streiks als politische Waffe aus und liegt somit ganz auf der Linie der weißen Minderheitsregierung.

Mzala analysiert die Rolle von Wirtschaftssanktionen und widerlegt die im Westen weit verbreitete Meinung, daß Sanktionen im Kampf gegen die Apartheid wirkungslos seien und nur die Lage der Schwarzen verschlimmert. Er zitiert dazu Oliver Tambo: „... Unemployment runs into millions as far as the Africans are concerned; part of this is precisely due to the apartheid system itself. So it is nothing new to be out of work. What would be new, if sanctions were employed, is that the white supporters of the regime would be thrown out of work because firms would close down. The government does not care if Africans lose their jobs by the million, but the regime would care if Whites lost their jobs by the thousands or even by the hundreds. If hundreds were thrown out of work as result of sanctions, they would want to do something about it.“ (S. 194)

Buthelezi's Föderationskonzept, das „Indaba-Modell“, das den Zusammenschluß von Kwa Zulu und Natal zu einer einzigen geographischen, ökonomischen und administrativen Region zum Ziel hat, lehnen Mzala sowie auch die Widerstandsbewegungen ab, da es kein demokratisch gewähltes Forum darstellt.

Mzala läßt es nicht bei einer Kritik an Buthelezi's Politik bewenden, sondern er macht auch konstruktive Vorschläge für ein zukünftiges freies Südafrika, die mit den Ideen der demokratischen Widerstandsbewegungen übereinstimmen und in der Freedom Charter formuliert wurden. Er fordert die Abschaffung des rassistischen Systems der Apartheid, an dessen Stelle ein einheitliches, demokratisches Südafrika mit Wahlen nach dem Prinzip „one man — one vote“ treten soll. Um

den bislang unterdrückten Menschen den Zugang zum Reichtum des Landes zu ermöglichen, sollen ökonomische Umstrukturierungen, wie die Nationalisierung von Schlüsselindustrien und eine Landreform stattfinden. Die Interessen von privaten Unternehmen sollen geschützt werden, sofern sie nicht unvereinbar mit dem öffentlichen Interesse sind.

Mzala kommt zu dem Schluß, daß Buthelezi vorrangiges Ziel die Festigung seiner politischen Position ist, was die Kooperation mit der weißen Minderheitsregierung zur Voraussetzung hat. Buthelezi ist weder ein demokratisch gewählter Führer noch hat er seine Stellung als Premierminister von Kwa Zulu traditionellen Strukturen, wie er so oft betont, zu verdanken, sondern allein seiner Mitarbeit im Apartheidsystem. Seine verbalen Attacken gegen dieses System stellen daher keine ernsthafte Bedrohung für die Regierung dar. „From the perspective of Pretoria, there was even a certain advantage to bantustan leaders like Buthelezi expressing dissent. It gave them some measure of respectability in the eyes of the world and, through this, the apartheid authorities hoped the bantustan system might gain some credibility. They also hoped that it might give to the African people in South Africa the view that real change could come about through the bantustan system.“ (S. 230)

Durch seine Mitarbeit in diesem System sind dem politischen Spielraum Buthelezi jedoch Grenzen gesetzt, da er das Grundprinzip, die Aufteilung der Bevölkerung in ethnische Einheiten, akzeptiert. „There is, however, and always will be, a limit to the extent to which a bantustan leader can dissent, and the parameters are set by Pretoria. In the final analysis bantustan leaders must act according to the rules of the system or else it cannot function. The bantustan system has to attract to its ranks those willing to give their services to apartheid government so as to render the bantustans functional. Along with the perks and the titles and the assemblies, there goes the requirement of subservice to the essence of the bantustan system — that of ethnic nationalism. There is just no way that Chief Buthelezi can exempt himself from the operating rules of the system and their consequences so long as he serves within it.“ (S. 230)

Ein hochaktuelles und lesenswertes Buch für alle, die sich mit der Problematik Südafrika befassen und vor allem für diejenigen, die in der Diskussion über die Apartheidpolitik noch indifferent geblieben sind.

Gerhild Jagsch, 1030 Wien, Lorbeergasse 3/16

INFORMATIONEN FÜR AUTOREN:

1. Umfang:

Der Beitrag darf den Umfang von 20 Seiten (1 1/2-zeilig, einschließlich Anmerkungen und Literaturverzeichnis) nicht wesentlich überschreiten. Wird dieser Umfang überzogen, muß die Autorin/der Autor mit der Auflage einer Kürzung rechnen.

2. Zitierweise:

Generell sollte ein Verzeichnis aller ver- und bearbeiteten Literatur am Ende des Beitrages stehen. Sofern auf Literatur verwiesen wird, soll dies im Text selbst, und zwar folgendermaßen geschehen: „wörtliches Zitat“ (Myrdal 1982, S. 40) oder: dem Sinn nach (vgl. Elsenhans 1984, S. 131 ff.). Fußnoten bzw. Anmerkungen sind durchlaufend zu nummerieren.

3. Zusammenfassung:

Es wird ersucht, eine knappe Zusammenfassung auf Englisch beizulegen.

4. Autorennotiz:

Bitte schicken Sie gemeinsam mit Ihrem Artikel auch eine Kurzcharakteristik Ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit.

5. Begutachtungsverfahren:

Sämtliche einlangenden Manuskripte werden von der Redaktion begutachtet. Wissenschaftliche Manuskripte werden zusätzlich zwei externen Begutachtern zur Stellungnahme vorgelegt. Die Namen der Begutachter werden von der Redaktion vertraulich behandelt. Die endgültige Entscheidung über die Aufnahme eines Artikels in das JEP bleibt der Redaktion vorbehalten.

Manuskripte sind zu senden an: Journal für Entwicklungspolitik, Weyrgasse 5, 1030 Wien, Redaktionsschluß für die einzelnen Nummern: 15. 1., 15. 4., 15. 7., 15. 10.

VORSCHAU AUF DIE NÄCHSTEN HEFTE:

1988/3 Symposium 1988

- 1988/4 1. Folgen der Neuen Internationalen Arbeitsteilung
2. Die österreichischen Süd-Beziehungen

Druck: HTU-Wirtschaftsbetriebe Ges.m.b.H., 1040 Wien